

Niederschrift

über die 9. Sitzung der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung / Standort-suchverfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme) am 23.06.2021 um 9:30 Uhr im Hotel Heidejäger, Rotenburger Straße 62, Mulmshorn, 27356 Rotenburg (Wümme)

TOP 1: Begrüßung

Herr Leefers begrüßt die Teilnehmer, die Zuschauer sowie die Pressevertreter und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Als Referent für den TOP 3 begrüßt er **Herrn Kanitz**, Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung der Arbeitsgruppe am 18.09.2019

Herr Leefers bittet um Wortmeldungen. Es bestehen keine Änderungswünsche. Die Niederschrift wird bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

TOP 3: Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe; Information und Diskussion des aktuellen Sachstandes

Herr Kanitz dankt für die Einladung und nimmt diese Arbeitsgruppensitzung als Gelegenheit zur Vorstellung des Sachstandes wahr.

Der Vortrag wird anhand einer Bildschirmpräsentation gehalten. Diese Präsentation wird unter den Sitzungsunterlagen im Kreistagsinformationssystem veröffentlicht. Die Kriterien für eine Standortauswahl seien bei allen Schritten gleich, die Detailtiefe variere von Schritt zu Schritt. Die gewonnenen Daten würden stetig veröffentlicht.

Zu Folie 4 (Phase I) verweist **Herr Kanitz** darauf, dass in dieser Phase ausschließlich bereits vorhandene Informationen durch Aktenstudium und Datenauswertung zusammengetragen würden. Nach jeder Phase entscheide der Gesetzgeber über das weitere Vorgehen.

Es werde dann einen Zwischenbericht Teilgebiete geben.

Im Folgenden werden nur die Folienüberschriften genannt, der Inhalt des Vortrags ergibt sich aus der veröffentlichten Präsentation.

- Folie 5: Ausschlusskriterien
- Folie 6: Mindestanforderungen
- Folie 7: Geowissenschaftliche Abwägungskriterien
- Folie 8: Daten und Methodik für Phase I
- Folie 9: Ergebnisse Zwischenbericht Teilgebiete
- Folie 10: Überblick über die Teilgebiete
- Folie 11: Teilgebiete im Landkreis Rotenburg
- Folie 12: Tongestein Unterkreide
- Folie 13-15: Tongestein Tertiär
- Folie 16: Kommunikation – Diskussion - Beteiligung
- Folie 17: Das erste Beteiligungsformat

- Folie 18: Wie geht es weiter?
- Folie 19: Gesetzliche Grundlage
- Folie 20: Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien
- Folie 21: Quellenangaben

Herr Leefers bittet um Wortmeldungen.

Herr Dr. Lühring beginnt mit einem Rückblick. Zuletzt habe es in Sottrum vor ca. 3 Jahren eine Veranstaltung gegeben, die als Behördentermin leider nicht öffentlich gewesen sei. Daher sei die Freude über die heute im Rahmen dieser öffentlichen Sitzung stattfindende Informationsveranstaltung groß.

Im Landkreis Rotenburg (Wümme) gebe es verschiedene Salzstockstrukturen. In diesen Bereichen existierten zahlreiche Erdgasbohrungen. Daraus ergebe sich ein inhaltlicher Zusammenhang mit dem Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung. **Herr Dr. Lühring** fragt, warum nur ein kleinräumiger Ausschluss der jeweiligen Bohrplätze aus den Suchräumen vorgenommen werde angesichts der erreichten Teufe und der technisch gegebenen Möglichkeit von Ablenkungsbohrungen. Es ergäbe sich ein deutlich größeres Einzugsgebiet, als der jeweilige Bohrplatz an der Erdoberfläche erwarten ließe. **Herr Kanitz** antwortet, die bestmögliche Standortsuche solle nicht durch einen zu großflächigen Ausschluss behindert werden. In der Regel würden 25 m Sicherheitsabstand um die Bohrung vorgegeben; da es auch größere Cracks gebe, würde man die Details am konkreten Standort jeweils berücksichtigen.

Herr Gerke fragt nach der Bedeutung der 300-m-Grenze. **Herr Kanitz** erläutert, dass über der Oberfläche des Deckgesteins eine mindestens 300 m mächtige Überdeckung bis zur Geländeoberkante (GOK) vorhanden sein müsse; bei Steinsalz in steiler Lagerung betrage dieser Wert mindestens 500 m. Außerdem dürfe es keine Verbindung zur Biosphäre geben.

Herr Rathjens spricht die eiszeitlichen Wasserrinnen an. Er sieht geophysikalische Risiken, z. B. Seismik durch Bohrungen, Hebungen und Senkungen, Lagerstättenwasser. **Herr Kanitz** antwortet, die eiszeitliche Rinnenbildung werde bei der Standortsuche berücksichtigt, ebenso wie induzierte Erdbeben in die Sicherheitsbetrachtung einfließen.

Herr Wedemeyer kritisiert, das BGE ziehe sich hinter das Gesetz zurück. Er vermisse die Bürgerbeteiligung, und bittet um Fortführung der Termine auch in der Zukunft. Er fragt, warum die Daten des LBEG nicht komplett übernommen würden. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme) fordert er die Einrichtung einer ständigen Kommission nach dem Vorbild der Oberfränkischen Koordinierungskommission sowie die Einrichtung von Pilotregionen. **Herr Kanitz** begrüßt die Beteiligung der Öffentlichkeit und äußert Verständnis für die erhobenen Forderungen nach Formaten, die die Teilhabe am Verfahren sicherstellen. Er räumt ein, dass in der zurückliegenden Zeit einiges überraschend für die Beteiligten gewesen sei. Es sollen fünf Regionen in den Teilgebieten zu Pilotregionen erhoben werden. Ende März 2022 sollen die Ergebnisse zu diesen fünf Gebieten vorgestellt werden. Bezüglich der Datenauswertung könne die BGE nicht frei entscheiden sondern an das Gesetz gebunden. Es würden Daten des Landes ausgewertet. Für die Schritte 1 und 2 werde die gleiche Datenrundlage verwendet, es gäbe aber unterschiedliche Betrachtungsweisen. Der Standortregionenbericht sei der „2. Zwischenbericht“. **Herr Wedemeyer** befürchtet, die Beteiligung der Öffentlichkeit werde nicht fortgeführt, es drohe eine „Arbeit im stillen Kämmerlein“. **Herr Kanitz** kündigt weitere Beteiligungsformate an, z. T. auch über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehend.

Herr Thiart nimmt Bezug auf die im Landkreis aufgrund der gemachten Erfahrungen zu den Themen Krebshäufigkeit, Rotenburger Rinne, Bohrschlammgruben entstandene Skepsis gegenüber Betrieben und Institutionen und fragt, wie diese Dinge im Rahmen der Endlagersuche berücksichtigt würden. **Herr Kanitz** kündigt die Berücksichtigung des „Rin-

nenthemas“ im weiteren Verlauf des Verfahrens an. Die jeweiligen Ergebnisse würden veröffentlicht.

Herr Weber betont, der Widerstand aus dem Raum Rotenburg sei wichtig. Es gebe hier eine hohe Sensibilität. Das Dilemma der früher getroffenen Entscheidung für die Atomenergie sei, dass man sich erst jetzt ernsthaft um die Entsorgungsfrage kümmere. Er fordere eine große Transparenz. Die Erdgasförderung mit der Nutzung des Fracking im Zusammenhang mit der Trinkwassergewinnung habe zu erheblichen Problemen geführt. Hinsichtlich der Atommüllproblematik verweist er auf die Asse, in der sich die Nichteignung für die Endlagerung innerhalb von weniger als 30 Jahren gezeigt habe. **Herr Weber** bittet für die Zukunft um regelmäßige Vorträge über die weitere Entwicklung hier in der Region. **Herr Kanitz** kündigt seine regelmäßige Anwesenheit an. Bezüglich der Asse solle versucht werden, die nötigen Arbeiten mit Hilfe der Robotertechnik auszuführen. Er betont, Salzgestein sei nicht die generell bevorzugte Lagerumgebung.

Herr Wedemeyer verweist auf die auf diversen Veranstaltungen gegebenen Hinweise, dass der in der Asse eingelagerte Atommüll zurückgeholt und neu eingelagert werden solle. Zusammen mit den noch zwischengelagerten Abfällen ergäbe sich also die Notwendigkeit eines gewaltigen Endlagers. **Herr Kanitz** nennt als Anlagengröße 24 ha \pm 50 %. Es solle ein Lager für hochradioaktive Abfallstoffe geschaffen werden; die betrügen ca. 5 % der Abfälle und seien für 99 % der Strahlung ursächlich. Es gebe unterschiedliche Anforderungen an Lager für hochaktive (Wärme), schwach- und mittelaktive Stoffe (Gasentwicklung aus organischem Material).

Herr Rathjens spricht die aus Bayern zu vernehmenden Stimmen an, die einen Ausschluss Bayerns aus dem Suchraum forderten. **Herr Kanitz** berichtet von einer guten Arbeitsatmosphäre dort und versichert, bayerische Regionen würden nicht früher abgeschlossen als andere. Alle Gebiete sollen gleichrangig behandelt werden.

Herr Dr. Lühring fasst zusammen, der Landkreis müsse nun fachliche sachbezogene Informationen zusammentragen. Das Thema Endlagerstandortsuche werde bei der Regionalplanung angesiedelt. Er verweist auf die über viele Jahre hinweg niedergebrachten und genutzten Bohrungen zur Erdgasgewinnung. Dadurch seien die gewachsenen Strukturen im Untergrund beschädigt worden. Erdstöße und leichte Erdbeben seien die Folge davon. Die Erdgasindustrie befinde sich mittlerweile auf dem Rückzug.

Herr Leefers dankt **Herrn Kanitz** und begrüßt dessen Zusage für weitere Besuche. Die Sitzung wird für eine Pause von 10 Minuten unterbrochen.

TOP 4: Verschiedenes; u. a. Fragen der Erdgasförderung

Es liegt eine Anfrage der Bürgerinitiative Netzwerk Sauberes Trinkwasser, vertreten durch **Herrn Rathjens**, vor. Die gestellten Fragen wurden an die im Landkreis aktiven Unternehmen weitergeleitet. **Herr Cordes** verliest die daraufhin eingegangenen Antworten. Fragenkatalog und die Antworten werden bei den Sitzungsdokumenten im Kreistagsinformationssystem veröffentlicht. **Herr Schlamming** teilt zum Betriebsplatz Söhlingen H1 ergänzend mit, dass es Sanierungserfolge an der Platzgrenze gebe. Die vorgesehene Sanierung könne mit den Beobachtungspegeln starten. Erste Ergebnisse könnten ggf. bereits in der nächsten Sitzung präsentiert werden. **Herr Prieskorn** verweist auf die sich ändernde Rechtslage ab 2022. Aus Sicht des LBEG lägen weitere Pläne zur Entsorgung nicht zu Zulassung vor. Es seien keine größeren Entsorgungsmengen nach Außerhalb erkennbar. Zuständig für die Überwachung der Abfallstoffentsorgung sei das Gewerbeaufsichtsamt.

Bislang lägen dem LBEG keine Ankündigungen für neue Bohrungen vor.

Herr Rathjens spricht Betriebsplätze im Wasserschutzgebiet der Stadtwerke Rotenburg an. Das Oberflächenwasser könne von den Betriebsplätzen aufgrund des gegenläufigen Gefälles nicht in die vorhandenen Rückhaltebecken fließen, Aufkantung zur Rückhaltung seien nicht vollständig vorhanden. So laufe das Wasser direkt in angrenzende Gräben, was wegen der Inhaltsstoffe Quecksilber und BTEX eine spätere Grabensanierung notwendig machen könnte. **Herr Prieskorn** bedauert, dass in dieser Sitzung keine Vertreter der Erdgasfirmen anwesend seien. Er nehme diese Hinweise zur Kenntnis.

Herr Gehrke fragt nach funktionsfähigen Versenkbohrungen, wenn nach 2022 im Landkreis Rotenburg (Wümme) kein Lagerstättenwasser mehr versenkt würde. **Herr Prieskorn** antwortet, es habe ca. 25 Versenkbohrungen gegeben. Die jetzt noch verbleibenden Versenkbohrungen hätten genügend Aufnahmekapazität. Die Erdgasförderung gehe kontinuierlich zurück. **Herr Gehrke** verweist darauf, dass die DEA Deutsche Erdoel AG keine Versenkbohrungen mehr zur Verfügung gehabt hätte. Nun, nach der Fusion mit Wintershall, stünden im neuen Konzern wieder Bohrungen zu Verfügung. Er fragt, ob die jetzigen Bohrungen geeignet seien, wenn bis 2022 die Versenkung im Kalkarenit beendet werden solle. **Herr Prieskorn** antwortet, in der Vergangenheit sei Kalkarenit als geeignet angesehen worden. Mittlerweile sei das nicht mehr so. Bis zum 17.02.2022 würden alle Versenkbrunnen, die ins Kalkarenit führten, außer Betrieb genommen werden. Anschließend sei die Lagerstättenwasserversenkung nur noch in Tiefen von 4.500 bis 5.000 m Tiefe zulässig. Entsprechende Bohrungen seien vorhanden.

Frau Brennecke fragt wegen der über mehrere Nächte aktiven Fackelarbeiten beim Betriebsplatz Söhlingen/Hemslingen Z8, wie das LBEG sicherstelle, dass nachts keine Fackelarbeiten in der Nähe von Wohnsiedlungen stattfänden. Außerdem vermisse sie Warnschilder für die in stillgelegten Bohrungen versenkten radioaktiven Stoffe. **Herr Prieskorn** antwortet, die Unternehmen seien aufgefordert, Fackelarbeiten zeitnah zu melden.

Herr Dr. Lühring bittet um eine Einschätzung zur Zukunft der Erdgasförderung in dieser Region. Nach seiner Beobachtung würden sich die Erdgasunternehmen umstrukturieren. Auch sei ein gewisser Rückzug zu beobachten. **Herr Prieskorn** verweist auf ausgeförderte Kohlenwasserstofflagerstätten. Diese böten wegen der eingetretenen Druckabsenkung wesentlich bessere Möglichkeiten zur Versenkung. Es handele sich dabei um alte Bohrungen. Hier im Landkreis Rotenburg sei die Erdgasförderung nicht so alt. Daher gäbe es hier keine entsprechenden Möglichkeiten, Lagerstättenwasser zu versenken.

Herr Goebel nimmt Bezug auf den Betriebsplatz Wittorf Z1 und die dazu von der Stadt Visselhövede, dem Flächeneigentümer, dem Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land und der WUG Wittorf gemeinsam erhobenen Forderungskatalog nach einem Monitoring. Seines Wissens sei kein offizielles Monitoring vom LBEG gefordert worden. Er fordere eine nachhaltige Betrachtung. Im Genehmigungsverfahren solle das LBEG die erhobenen Forderungen in die bergrechtliche Zulassung übernehmen und so ein Zeichen setzen. Er sehe es als Aufgabe des LBEG an, das Monitoring einzufordern. **Herr Prieskorn** antwortet, für den Rückbau der Lokation Wittorf Z1 habe man im Rahmen des Betriebsplanverfahrens alle Aspekte prüfen müssen. Im Abschlussbetriebsplan würden Belange aus dem Monitoring berücksichtigt. Man müsse sich aber an die Möglichkeiten des Bundesberggesetzes halten. Die Rückantworten seien seit kurzem im Hause und würden derzeit ausgewertet.

Frau Brennecke fragt, ob es Pläne gäbe, im Rahmen eines Klimamanagements die sich ändernden klimatischen Bedingungen in den bergrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen. **Herr Prieskorn** antwortet, die örtlichen Gegebenheiten würden wie bisher auch berücksichtigt. Es gebe keine anderen Spielregeln als in der Vergangenheit.

Aus dem Publikum kommt eine Frage nach weiteren Untersuchungen zu den Krebsfällen sowie zu ausbleibenden Sanierungsarbeiten bei den Bohrschlammgruben. **Herr Dr. Lühring** antwortet, die seinerzeit durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen der Krebsfälle hätten keine klare Ursache ausgewiesen. Alle Ergebnisse, auch die Zwischenergebnisse seien in öffentlichen Sitzungen präsentiert und auch veröffentlicht worden. Die

Bohrschlammgruben seien ein Dauerthema bei den Arbeitsgruppensitzungen. Bei aktuellen Abschlussbetriebsplänen werde genauestens geprüft, ob die Voraussetzungen für die Entlassung aus der Bergaufsicht erfüllt seien. **Herr Engelhardt** ergänzt, man habe für sämtliche Verdachtsfälle, außer bei den Mischgruben, Fördermittel beantragt. Alle betreffenden Gruben würden untersucht, dieser Prozess sei noch nicht abgeschlossen. Das erwarte man bis Ende 2022. Nach den bislang vorliegenden Ergebnissen habe sich in keinem Fall ein Sanierungsbedarf ergeben.

Frau Jungemann teilt zur Endlagersuche mit, dass das Gutachten des Herrn Prof. Chaudry kurz vor der Fertigstellung stehe und im Juli 2021 vorliegen solle. Auf dieser Grundlage wolle der Landkreis seine Stellungnahme zum anstehenden Zwischenbericht abgeben.

Herr Leefers beendet die Sitzung mit Dank an die Teilnehmer für das offene und faire Miteinander um 12.06 Uhr. Er selbst werde für den kommenden Kreistag nicht wieder kandidieren. Sein Wunsch sei, dass der neue Kreistag eine vergleichbare Arbeitsgemeinschaft einsetzen werde.

Ende der Sitzung: 12:06 Uhr.

(Dr. Lühring)
Erster Kreisrat

(Cordes)
Protokollführer